



PENDLERPARADIES

DONAUSTADT

STAUFALLE DONAUSTADT

Unser wunderschöner Bezirk ist der größte Gratisparkplatz Wiens. Das Resultat: Staus, Lärm und eine massive Gesundheitsbelastung durch Abgase und Feinstaub. Statt den sofortigen Ausbau der ÖFFis voranzutreiben um diese Staus zu bekämpfen, fordern SPÖ/FPÖ/ÖVP neue, milli-ardenteure Straßen und Autobahnen in der Donaustadt, die noch mehr Verkehr in den Bezirk spülen.

GRATISPARKPLÄTZE ZIEHEN VERKEHR AN

Am Parkplatz vor der Eishalle in Kagran sind 70% der PWKs nicht aus Wien, viele sind überhaupt aus dem Ausland. Diese Autos fliegen nicht zu diesen Parkplätzen, sondern fahren durch die alten Ortskerne der Donaustadt und verursachen Staus, Lärm und eine hohe Schadstoffbelastung. Wir fordern daher eine regionale Parkraumbewirtschaftung in besonders überparkten Zonen nahe der U-Bahn und Schnellbahnstationen. Aber der Bezirksvorsteher sagt Njet, ebenso wie die SPÖ/FPÖ/ÖVP. Favoriten hat vor kurzem als erster Flächenbezirk das Parkpickerl eingeführt. Für die BewohnerInnen dort ist das teure und zeitraubende Parkplatzsuchen ein Ding der Vergangenheit. Für € 0,3 pro Tag haben sie einen Parkplatz vor dem Haus, bessere Luft, weniger Lärm und es gibt mehr Platz für Menschen.

ZUKUNFTSORIENTIERTE VERKEHRLÖSUNGEN STATT TUNNEL UNTER NATIONALPARK

Die Grüne Forderung nach einer schnellen Straßenbahnverbindung nach Groß-Enzersdorf ist uralte, ebenso wie die Verdichtung der Schnellbahnintervalle und der Ausbau der Radwege. Jede Umsetzung dieser nachhaltigen Mobilitätsformen scheitert am „Budget“. Haben Sie dieses Argument je gehört wenn es um Straßenprojekte geht, wie die Lobautobahn? Dieses Milliardengrab würde laut ASFINAG allein Essling mit 5000 Autos mehr belasten. Will das wirklich die SPÖ/ÖVP/FPÖ den AnrainerInnen zumuten? Wir nicht. Mit drei Milliarden Euro könnten die regionalen Verkehrsprobleme durch Modernisierung und Neuerrichtung von öffentlichen Verkehrsmitteln langfristig und

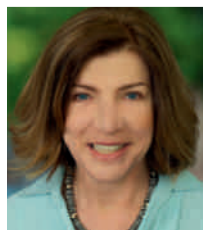
ökologisch gelöst werden. Und vor allem rasch! Der Tunnel unter dem Nationalpark Lobau ist seit über 20 Jahren in Planung, das Genehmigungsverfahren seit Jahren bei Gutachtern und Gerichten, kein Mensch weiß ob und wann der Lobautunnel genehmigt wird.

VERFEHLTE KLIMAZIELE - 700 MILLIONEN EURO FÜR ZERTIFIKATE

Dieses regionale Versagen in der Verkehrspolitik hat weitreichende Konsequenzen. Österreich wird als einziges EU-Land seine Klimaschutzziele – minus 36% CO₂ Ausstoß bis zum Jahr 2020 – weit verfehlen. Für ein Drittel des Ausstoßes von Treibhausgasen ist der Verkehr verantwortlich! Österreich kostete das Verfehlen der Klimaziele viel Geld, denn bereits das Kyoto-Ziel für die Periode von 2008 bis 2012 konnte Österreich nicht erfüllen, was € 700 Millionen Euro Strafzahlungen zur Folge hatte. Das Geld wäre viel sinnvoller in Klimaschutzmaßnahmen im Inland angelegt.

UNSICHTBARER DRECK IN KINDERLUNGEN

Warum sind Feinstaub, Stickoxide aus Dieselmotoren oder Tabakrauch in der Luft für Kinder besonders schädlich? Kinder atmen pro Kilogramm Körpergewicht etwa zweimal so viel Luft ein wie Erwachsene. Aber auch deshalb, weil Autos ihre Abgase genau in der Höhe auspusten, in der sich Kleinkinder ihre Atemluft holen. Diese winzigen, unsichtbaren Partikel entstehen vor allem durch Reifen-, Kupplungs-, Bremsenabrieb und führen zu Entzündungen der Lunge, der Bronchien und zu Asthma. Kinder, die in der Nähe von stark befahrenen Straßen aufwachsen, leiden eher an Allergien als Altersgenossen, die in verkehrsarmen Straßen wohnen.



■ Heidi Sequenz,
Klubobfau Grüne Donaustadt

EDITORIAL

Ulrike Lunacek



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Die kommende Nationalratswahl ist eine Richtungsentscheidung. Schon jetzt ist glasklar: Nur gemeinsam können wir an einer guten Zukunft arbeiten – für alle Menschen in Österreich. Wir geben unsere Haltung gegenüber Grund- und Menschenrechten nicht bei der Garderobe ab. Wir stehen für das Miteinander in unserer Gesellschaft ein, mit Vernunft und Verstand. Das ist Grün.

Europa ist das erfolgreichste Friedensprojekt aller Zeiten. Nur vereint sind wir stark gegen die Klimakrise, gegen Steuerbetrug und bei der Bekämpfung von Fluchtursachen. Das Ziel muss ein sozialeres, demokratischeres und ökologischeres Europa sein – mit Österreich als Wegweiser. Wir Grünen arbeiten seit unserer Gründung daran, die Schere zwischen Reich und Arm zu schließen. Wir fordern eine Solidarabgabe der reichsten zehn Prozent unseres Landes in Form einer Erbschafts- und Schenkungssteuer. Damit lässt sich eine gute Zukunft mit menschenwürdiger Pflege und einem ausfinanzierten Bildungssystem gestalten.

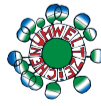
Die wunderschöne, österreichische Natur braucht BeschützerInnen. Wir Grüne tun das – seit Jahrzehnten. Daher sagen wir: Raus aus Öl, Gas und Kohle! Investieren wir in einen nachhaltigen Umwelt- und Klimaschutz für unser Land! **Mitmenschen. Nicht dagegen. Das ist Grün.**

Danke für Ihre Unterstützung

Ulrike Lunacek



IMPRESSUM: Medieninhaberin und Herausgeberin: Die Grünen – Grüne Alternative Wien, Lindengasse 40, 1070 Wien. Redaktionsteam: Heidi Sequenz, Thomas Tröbinger. Fotos, wenn nicht anders angegeben: Heidi Sequenz. Druck: Druckerei Bösmüller, 2000 Stockerau. Gedruckt nach der Richtlinie des Österreichischen Umweltzeichens „Schadstoffarme Druckerezeugnisse“. Die Daten stammen aus der Wählerevidenz.



UW779



© shutterstock

DAS GRÜNE PENSIONS-MODELL

Das grüne Pensionsmodell beinhaltet ein individuelles Recht auf Versorgung, es ist sozial und gerecht und garantiert für gleiche Beiträge eine gleiche Leistung. Das gegenwärtige Pensionsmodell hingegen erfordert unterschiedlich hohe staatliche Zuschüsse und ist schwer durchschaubar aufgrund der unterschiedlichen Leistungen der verschiedenen Pensionskassen.

Die „grüne“ Pension besteht aus einer **Grundpension von ca. 900 Euro** für alle Menschen und den jeweils selbst einbezahlten Pensionsbeiträgen, die nach Arbeitsjahren und Einkommenshöhe unterschiedlich ausfallen. Es wird **keine „Luxuspensionen“** mehr geben, da eine Höchstpension von derzeit ca. 3.200 Euro vorgesehen ist. Alleinerziehende sind jedenfalls durch die Grundpension abgesichert, Ebenso Menschen die in einer Partnerschaft Kinder betreuen, da die von den PartnerInnen erbrachten Pensionsbeiträgen geteilt werden. Dadurch wäre das Einkommen letztlich höher als durch die derzeitige Anrechnung der Kinderbetreuungszeiten.

Das grüne Pensionsmodell **sichert durch Verteilungsgerechtigkeit den sozialen Frieden und schützt Menschen vor „privaten“ Vorsorgemodellen**, die oft nicht das halten, was sie versprechen. Es sind nach vielfachen Berechnungen nicht mehr Steuermittel dafür erforderlich, als für das bestehende System, nur werden sie gerechter verteilt. Das grüne Pensionsmodell **verhindert Altersarmut** und garantiert den nächsten Generationen die Versorgung im Alter und ist daher die einzige echte Reform des Pensionssystems.

■ **Elfriede Fröschl**,
Aktivistin Grüne Donaustadt

→ Kontakt zu den Grünen Donaustadt
donaustadt@gruene.at
www.donaustadt.gruene.at
www.facebook.com/gruene.donaustadt



Kaisermühlen- Schüttaustraße

SCHUTZZONEN IN DER DONAUSTADT: EIN ERSTER SCHRITT

Die alten Ortskerne des 22. Bezirkes Donaustadt werden nun baulich geschützt. Die MA19 legte fünf Bereiche fest, die als Schutzzone ausgewiesen werden können: die Ortskerne von Stadlau, Kagran, Eßling, der Schüttauplatz sowie ein Teil der Wagrainer Straße. Die Bauten in diesen Ortskernen spannen einen Bogen von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis in die 1930er-Jahre.

Als vor einigen Jahren das wunderschöne Hopf-Haus in der Donaufelder Straße 241, ein 1906 errichtetes Gebäude im Jugendstil, abgerissen wurde, war die Aufregung groß. Das Grundstück befand sich in privatem Besitz, das Gebäude war weder denkmalgeschützt noch lag es in einer Schutzzone. Niemand konnte daher verhindern, dass das Gebäude der Spitzhacke zum Opfer fiel. Leider wurde bei der letzten Umwidmung in diesem Gebiet vor 12 Jahren diese Schutzzone nicht beantragt. Die Grünen stimmten damals (am 24. Mai 2005) gegen eine Erhöhung der Bauklasse, da durch die höhere Bebaubarkeit der Abriss ebenerdiger und einstöckiger Gebäude noch lukrativer wurde.

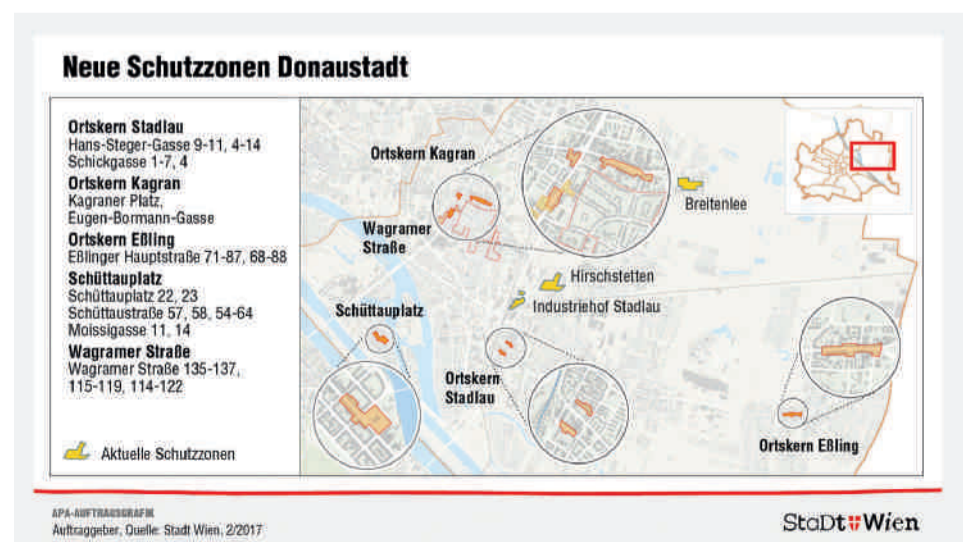
Um dieses Schicksal einigen anderen schützenswerten Gebäuden in der Donaustadt zu ersparen, beschloss der Wiener Gemeinderat am 7. April 2017 eine Bausperre gemäß § 8 Abs. 2 der Bauordnung über die beschriebenen Grätzln.

In den vergangenen Jahrzehnten stand die Donaustadt unter star-

kem Veränderungsdruck und nach wie vor ist es einer der am schnellsten wachsenden Wiener Gemeindebezirke. Hier gilt es besonders auf den Erhalt der historischen Bausubstanz zu achten. Bereits in den vergangenen Jahren wurden Schutzzone in Breitenlee, Hirschstetten und im Bereich des Industriefelds Stadlau festgesetzt. Entsprechend wurden seitens der Stadt Wien nun umfassende Bausperren vorgesehen, um in weiterer Folge die Schutzzone in den alten Ortskernen beschließen zu können.

Eine Bausperre ist der erste Schritt Richtung Schutzzone nach der Bauordnung. Dies bedeutet, dass Veränderungen wie Neu- oder Zubauten nur noch mit Genehmigung des Planungsausschusses des Gemeinderats möglich sind. Bis zum endgültigen Beschluss einer Schutzzone durch den Gemeinderat, dazu bedarf es einer Umwidmung, kann es allerdings noch einige Zeit dauern.

■ **Barbara Boll**,
Bezirksrätin Grüne Donaustadt



GRÜNE DONAUSTADT –AKTIV

EIN KLEINER AUSZUG AUS UNSEREN AKTIVITÄTEN

→ GRÜNE SOMMERTOUR

Die Wiener Grünen waren auch im Sommer 2017 nicht untätig. Ausgerüstet mit Gratis-Eis auf dem „Foodbike“, Frisbees, Federball-Schlägern, Liegestühlen und Sonnenbrillen, wurden Badeplätze, Parks, Feste usw. besucht, und auch der „Hunger auf Politik“ wird gestillt.



→ SCHUTZZONEN FÜR DIE ALTEN ORTSKERNE

Die alten Ortskerne der Donaustadt werden nun baulich geschützt. Die MA19 legte fünf Bereiche fest, die als Schutzzone ausgewiesen werden können: die Ortskerne von Stadlau, Kagran, Eßling, der Schüttauplatz sowie ein Teil der Wagrainer Straße. Die Bauten in diesen Ortskernen spannen einen Bogen von der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis in die 1930er-Jahre. Die Stadt Wien hat nun umfassende Bausperren vorgesehen, um in weiterer Folge die Schutzzonen in den alten Ortskernen beschließen zu können.



→ RADABSTELLANLAGE KAISERMÜHLEN

Die Radabstellanlage bei der U1 Station Kaisermühlen ist hoffnungslos überfüllt. Immerhin erreichten wir die Errichtung einiger Radständer. Warum der große Platz links von der Trafik einem einsamen illegalen Dauerparker überlassen wird, statt dort ebenfalls Radabstellplätze zu errichten, macht uns ratlos.

→ RADRETTUNG

Vier Mal war die Radrettung 2017 alleine in der Donaustadt, beim Gänsehäufel, bei der Donaucity und auf der Donauinsel.



→ RADABSTELLANLAGE FORSTNERGASSE

Im Bereich der Haltestelle Forstnergasse der Straßenbahnlinie 26 wird eine Radabstellanlage errichtet.

→ RADWEGE

2016 wurden die Radwege in der Aspernstraße und am Rautenweg (Abschnitt S2 bis Spargelfeldstraße) umgesetzt. Das letzte Teilstück am Rautenweg (Spargelfeldstraße bis Zinnienweg) wurde begonnen. Unserer Resolution den Radweg entlang der Wagrainer Straße zwischen Kagraner Brücke und Reichsbrücke umgehend zu verbessern stimmten alle Parteien, außer der FPÖ, zu.

→ RADAUSFLUG MIT DEN GRÜNEN DONAUSTADT

Am 21. Mai 2017 luden wir zu einem entspannten Radausflug durch unseren schönen Bezirk. Von der Seestadt radelten wir in die Lobau, weiter auf der Donauinsel und entlang die Alte Donau, also zu den schönsten Ecken der Donaustadt. Im Lokal „Selbstverständlich“ direkt am Wasser ließen wir den Tag gemeinsam ausklingen.



→ ANTRAG BERUHINGUNG DER ALTEN ORTSKERNE

Bereits 2014 forderten wir in mehreren Anträgen, dass parallel zur Planung der Stadtstraße auch verkehrsberuhigende Maßnahmen in den alten Ortskernen mitgeplant werden sollen und auch für die Budgetierung gesorgt wird. Drei Jahre lagen diese Anträge in der zuständigen Kommission. Im September 2017 wurden sie endlich in der Sitzung des Bezirksparlaments mit einer Mehrheit angenommen.

→ U2 VERDICHTUNG DER INTERVALLE ZWISCHEN STATION ASPERNSTRASSE UND SEESTADT

Dieser Antrag aus 2016, den auch alle anderen Parteien unterstützten, wurde jetzt endlich umgesetzt.

→ GEHSTEG OLEANDERGASSE

zwischen Rautenweg und Agavenweg wird nun ein Gehsteig errichtet, um den SchülerInnen der Schukowitzgasse einen sicheren Schulweg zu gewährleisten.

→ SEESTADT – DENKMAL FÜR ZWANGARBEITER

Unser Antrag auf Errichtung einer Gedenkstätte am ehemaligen Flugfeld Aspern für die Zwangsarbeiter, die an der Errichtung des Flugplatzes eingesetzt waren, wurde 2017 mit einem sehr würdigen Denkmal umgesetzt.



→ SCHUTZWEG IN DER SEESTADT

auf vielfachen Wunsch der BewohnerInnen der Seestadt beantragten wir die Errichtung eines Schutzweges in der Maria-Tusch-Straße auf der Höhe Nr 12, der auch umgehend errichtet wurde.

→ INTERVALLVERDICHTUNG 84A SEESTADT

Dieser Antrag vom Feber 2016 auf dichtere Intervalle während der Stoßzeiten wurde umgehend umgesetzt.

→ TRINKBRUNNEN AM ARBEITERINNENSTRAND

Im Rahmen der Grünen Sommertour 2016 klagten viele Besucher des Arbeiterinnenstrands über einen fehlenden Trinkbrunnen. Unser Antrag wurde bereits mit der folgenden Saison umgesetzt.



NICHT IMMER SIND UNSERE ANTRÄGE ERFOLGREICH.

→ ERRICHTUNG VON RADABSTELLANLAGEN BEIM EISSALON IN KAISERMÜHLEN

Dieser Antrag wurde nicht umgesetzt, weil angeblich genügend Abstellplätze in der Nähe wären. Wer die Gegend kennt, wird sich über die Entscheidung genauso wundern wie wir.

→ STUDIE ÜBER AUSWIRKUNGEN EINER PARKRAUMBEWIRTSCHAFTUNG IN KAISERMÜHLEN

ALLE Parteien lehnten diesen Antrag ab, man will offenbar nicht wissen, welche Vorteile ein Parkpickerl den BewohnerInnen bringen würde.

LEISTBARE WOHNUNGEN MIT DER GRÜNEN WOHN-OFFENSIVE!

Immer mehr Menschen suchen dringend eine bezahlbare Wohnung, während die Mieten immer weiter steigen. Seit 2010 haben sich Eigentumswohnungen um mehr als 30 Prozent verteuert. Die Mieten von Wohnungen sind seit dem Jahr 2000 um 40 Prozent gestiegen. Sanierung und Neubau halten mit dieser Entwicklung nicht Schritt, Mietrechtsverhandlungen treten seit Jahren auf der Stelle. Weil die Regierung untätig ist, haben wir Grüne jetzt eine Wohnungsoffensive für leistbares Wohnen erarbeitet.

MEHR WOHNUNGEN AUF DEN MARKT BRINGEN

Wir wollen mehr Wohnungen aus dem Bestand auf den Markt bringen – auch derzeit leer stehende, und derer gibt es viele. Außerdem muss der Neubau angekurbelt werden. Beim Finanzausgleich muss die Zweckbindung der Wohnbauförderung wiederkommen – damit die Gelder nicht wieder wie damals unter Sobotka verspekuliert werden können. Die Regierung muss endlich handeln und die Mietrechtsreform angehen. Es braucht dringend einen runden Tisch zur Zusammenarbeit von Gemeinden, Ländern und Bund!

SOFORT-MASSNAHMEN FÜR MEHR WOHNUNGEN

- Klären und erheben, wie viele Wohnungen leer stehen.
- Leerstehende Wohnungen nützen.
- Sanierungsbedürftige Wohnungen nachnutzen.
- Renovierung mit Eigenleistung, beispielsweise leerstehende verfallende Gebäude durch Vereine – mit Handwerkern und Asylberechtigten gemeinsam in Stand setzen.
- Erdgeschossige Gebäude aufstocken.
- Ungenutzten Altbestand adaptieren (siehe die Seifenfabrik in Wien Döbling).
- Billige Wohnungen an Menschen mit schwächeren Einkommen vergeben.

NEUBAU VON WOHNUNGEN

1. GRUNDKOSTEN SENKEN:

- Baurecht statt Grundkauf.
- Vertragsraumordnung, Übernahme des Südtiroler Modells (50% der umgewidmeten Fläche für sozialen Wohnbau).
- Baulandmobilisierung durch Umwidmungsdruck.



2. FINANZIERUNGSKOSTEN SENKEN:

- Die Bundesfinanzierungsagentur muss auf Wohnbau ausgedehnt werden. Wohnbauparen und Pensionsvorsorge sollten mit staatlicher Prämie unterstützt werden. Der Grund: Die Finanzierungskosten verteuern den Wohnbau um bis zu 30 Prozent. Deshalb soll die Bundesfinanzierungsagentur auch für den Wohnbau günstiges Kapital zur Verfügung stellen. Außerdem soll neben Wohnbauförderungsmitteln auch privates Kapital zu günstigen Konditionen dem Wohnbau offenstehen. Eine Möglichkeit ist die Förderung des Wohnbauparens durch eine staatliche Prämie als nachhaltige Form der Zukunftsvorsorge.

3. BAUORDNUNG VEREINFACHEN – NORMEN ENTSCHLACKEN:

- Seit Jahrzehnten fordern ExpertInnen wiederholt die Vereinheitlichung der Bauordnung und die Vereinfachung von Normen.

4. STELLPLATZVERORDNUNG NEU:

- Abstellplätze und Garagenplätze erfordern rund 15% der Baukosten von Wohnungen. Verhandlungen mit den Ländern sollen die Änderung der so genannten Reichsgaragenordnung zum Ziel haben und erfolgreich geführt werden.



ÜBERFLIEGER STATT ABFANGJÄGER

IN BILDUNG INVESTIEREN STATT IN ABFANGJÄGER

Die Kosten für neue Abfangjäger gehen in die Milliarden. Dieses Geld kann viel sinnvoller in die Bildung investiert werden. 99,99 Prozent aller Überflüge werden von der zivilen Luftraumüberwachung allein bearbeitet. Seit 1996 ist kein einziges Mal ein Flugzeug zur Landung gezwungen worden. Die Radarüberwachung, die Flugzeuge schon vorher identifiziert, ist daher ausreichend.

BILDUNGSREFORM FINANZIEREN

Durch den Verzicht auf Eurofighter-Nachfolger stünden etwa 1,77 Milliarden Euro für die nächste Gesetzgebungsperiode zur Verfügung. Ein Drittel dieser Summe soll in die SoldatInnen-Ausbildung fließen. Der große Rest soll für das unterfinanzierte Bildungssystem verwendet werden. Am 28. Juni 2017 wurde die Bildungsreform vom Parlament beschlossen. Für die Umsetzung dieser wichtigen Reform muss daher auch ausreichend Geld zur Verfügung stehen.

CHANCEN-INDEX

Das Bildungsreformpaket sieht vor, die Mittel in der Bildung auf Basis eines Chancenindex zu vergeben. Damit sollen Schulen, die auf Grund verschiedener Faktoren (z.B. niedriger Bildungsstand der Eltern, hoher Anteil an SchülerInnen mit Defiziten in der Unterrichtssprache, geografische Randlagen u.ä.) besondere Herausforderungen zu meistern haben, zusätzliche Mittel für die Förderung der SchülerInnen erhalten. Schulen brauchen dabei auch Beratung und Unterstützung bei der Entwicklung von Förderkonzepten.

MEHR LEHRERINNEN UND LEHRER

Allein im Pflichtschulbereich werden in den nächsten zehn Jahren etwa 10.000 Lehrkräfte fehlen. Bei rund 29.000 Pensionierungen und einem Mehrbedarf von mindestens 7.000 durch die steigenden Geburtenzahlen kommen optimistisch gesehen nur etwa 28.000 AbsolventInnen der Pädagogischen Hochschulen (PH) in die Schule. Es braucht daher umgehend Gegenmaßnahmen: mehr Studienplätze an den PH, Anreize für QuereinsteigerInnen motivieren und ein einheitliches Dienstrecht für flexibleren Einsatz.

4. EIN SPRACHFÖRDERKONZEPT

Zwischen 300.000 und 500.000 Wörter gibt es laut Schätzungen im Deutschen. Allein der Standardwortschatz umfasst 70.000 Wörter, etwa doppelt so viele stehen im Duden. Diese Zahlen machen deutlich, dass Sprachförderung für SchülerInnen mit Defiziten in der Unterrichtssprache nicht nach ein oder zwei Jahren abgeschlossen sein kann, wie es derzeit der Fall ist. Es braucht daher ein umfassendes Konzept zur Sprachförderung.

■ Harald Walser,
Nationalratsabgeordneter und Bildungssprecher

